

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 26.09.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
(Herr Dr. Dr. Büchs)	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Frau Pantazis
Herr F. Flake	Herr Rosenbaum
Herr Graffstedt	Herr Schatta
Frau Gries	Herr Scherf
Herr M. Hahn	Frau Schneider
Frau S. Hahn	Herr Scholze
Herr Hinrichs	Herr Schrader
Frau vom Hofe	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Frau Jalyschko	Herr Sommerfeld
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	Herr Weber
Herr Jordan	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	(Frau Willimzig-Wilke)
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
1.1	Dringlichkeitsantrag: Flohmärkte nicht pauschal verbieten Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05441
1.1.1	Dringlichkeitsantrag: Flohmärkte nicht pauschal verbieten Stellungnahme der Verwaltung	17-05441-01
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.08.2017	
3	Mitteilungen	
4	Anträge	
4.1	Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau Antrag der CDU-Fraktion	17-04722
4.1.1	Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau Änderungsantrag zum Antrag 17-04722 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	17-05355
4.2	Kommunale Schulsozialarbeit Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	17-04859
4.3	Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben Antrag der Fraktion Die Linke.	17-05219
4.3.1	Änderungsantrag zu 17-05219 Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05464
4.3.2	Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben Stellungnahme der Verwaltung	17-05219-01
4.3.3	Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben Stellungnahme der Verwaltung	17-05219-02
4.4	Barfußpfad Antrag der SPD-Fraktion	17-05243
4.5	Regelmäßiger Bericht Heimaufsicht Antrag der Fraktion Die Linke.	17-05252
4.6	Schnelles Internet für alle in Braunschweig Antrag der CDU-Fraktion	17-05258
4.6.1	Änderungsantrag zum Antrag: Schnelles Internet für alle in Braunschweig Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05399
4.7	[VA, Rat] Kostenfreier ÖPNV ab dem 65sten Lebensjahr, respektive Eintritt in den Ruhestand Antrag der AfD-Fraktion	17-05366
4.7.1	Änderungsantrag zu Vorlage 17-05366, ÖPNV ab 65sten Lebensjahr Änderungsantrag der AfD-Fraktion	17-05469
4.7.2	[VA, Rat] Kostenfreier ÖPNV ab dem 65sten Lebensjahr, respektive Eintritt in den Ruhestand	17-05366-01

	Stellungnahme der Verwaltung	
4.8	Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	17-05375
4.9	Klarstellung der öffentlichen Äußerungen zu den zukünftigen Lagerflächen der Firma Eckert & Ziegler Antrag der BIBS-Fraktion	17-05415
4.9.1	Klarstellung der öffentlichen Äußerungen zu den zukünftigen Lagerflächen der Firma Eckert & Ziegler Stellungnahme der Verwaltung	17-05415-01
4.10	Dringlichkeitsantrag: Flohmärkte sind Kulturgut und sollen nicht verboten werden Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05463
4.10.1	Flohmarkte sind Kulturgut und sollen nicht verboten werden Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag 17-05463 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	17-05470
5	Besetzung der Ausschüsse - Benennung von Stellvertreterinnen und Stellvertretern	17-05412
6	Berufung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten	17-05214
7	Zulassungskriterien für die Weiterqualifizierung im Verwaltungsbereich	17-04615
8	Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH zur Übernahme des Brandschutzes auf dem Flughafen durch die Berufsfeuerwehr Braunschweig	17-05280
9	Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) (Einmalversand der Anlagen)	17-05210
10	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	17-05152
11	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-05282
12	Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Sonstige Sportförderung/Beschäftigung von Übungsleitern	17-05109
13	Nutzung von Sportfördermitteln als städtischer Eigenanteil für die Umsetzung eines Projektes zur Förderung von Ausbildungen im Zusammenhang mit Sportangeboten im Behindertensport - Änderung der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig bei der Förderart "Sonstige Sportförderung"	17-05106
14	Förderantrag "Braunschweig - Klimaschutz mit urbanem Grün"	17-05350
15	Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS)	17-05080
15.1	Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS)	17-05080-01

16	Neufassung des Baustellenfonds	17-05222
16.1	Neufassung des Baustellenfonds	17-05222-01
17	Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr	17-05279
17.1	Änderungsantrag zur Vorlage: Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-05400
17.2	Änderungsantrag zur Vorlage: Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr Stellungnahme der Verwaltung	17-05400-01
18	Regionale e-Radschnellweg-Verbindungen	17-05333
19	Fortführung der Energieberatungsstelle	17-05127
20	Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet	16-02625
20.1	Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet - Ergänzungsvorlage	16-02625-01
20.2	Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet	16-02625-02
21	Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - westliches Ringgebiet" - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB	16-03424
21.1	Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB - Ergänzungsvorlage	16-03424-01
21.2	Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - westliches Ringgebiet" - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB	16-03424-02
22	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration"	17-05031
22.1	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration"	17-05031-01
22.2	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration"	17-05031-02
23	Anfragen	
23.1	Bezahlbarer Wohnraum: Kosten der Unterkunft Anfrage der SPD-Fraktion	17-05419
23.1.1	Bezahlbarer Wohnraum: Kosten der Unterkunft	17-05419-01
23.2	Verkehrssicherheit vor Schulen gewährleisten, "Elterntaxis" verhindern! Anfrage der CDU-Fraktion	17-05418
23.2.1	Verkehrssicherheit vor Schulen gewährleisten, "Elterntaxis" verhindern!	17-05418-01

23.3	Einrichtung einer Praxisklasse an der Grund- und Hauptschule Rüningen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen	17-05403
23.3.1	Einrichtung einer Praxisklasse an der Grund- und Hauptschule Rüningen	17-05403-01
23.4	Sachstand der Koordinierungsstelle "Häusliche Gewalt" im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig? Anfrage der AfD-Fraktion	17-05405
23.4.1	Sachstand der Koordinierungsstelle "Häusliche Gewalt" im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig?	17-05405-01
23.5	Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen - Kosten und Enteignungen Anfrage der BIBS-Fraktion	17-05414
23.5.1	Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen - Kosten und Enteignungen	17-05414-01
23.6	Warum untergräbt die Stadt Tarifstrukturen der DGB-Gewerkschaften? Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-05411
23.6.1	Warum untergräbt die Stadt Tarifstrukturen der DGB-Gewerkschaften?	17-05411-01
23.7	Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterbildenden Schulen Anfrage der SPD-Fraktion	17-05097
23.7.1	Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterbildenden Schulen	17-05097-01
23.8	Erweiterung des Wohnmobilplatzes in Braunschweig Anfrage der SPD-Fraktion	17-05374
23.8.1	Erweiterung des Wohnmobilplatzes in Braunschweig	17-05374-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:04 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Unterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.3: Stellungnahmen 17-05219-01 und 17-05219-02 sowie Änderungsantrag 17-05463
- Zu TOP 4.7: Stellungnahme 17-05366-01 und Änderungsantrag 17-05469
- Zu TOP 4.9: Stellungnahme 17-05415-01
- Zu TOP 17: Stellungnahme 17-05400-01
- Zu TOP 22: Vorlage 17-05031-02

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der vorliegende Dringlichkeitsantrag 17-05441 der Fraktion Die Linke. entbehrlich ist, da dieser durch den neuen Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. 17-05463 – Flohmärkte sind Kulturgut und sollen nicht verboten werden - ersetzt wird. Er gibt bekannt, dass darüber hinaus zu dem Dringlichkeitsantrag ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU 17-05470 vorliegt und erläutert, dass eine Beratung über den Änderungsantrag nur erfolgt, wenn die Dringlichkeit des Antrages 17-05463 der

Fraktion Die Linke. anerkannt wird. Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Sommerfeld begründet. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt nach Aussprache über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung anerkannt wird. Der Dringlichkeitsantrag wird unter Tagesordnungspunkt 4.10 und der Änderungsantrag unter Tagesordnungspunkt 4.10.1 eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur Punkt 25 – Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen. Er stellt fest, dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich im Verlauf der öffentlichen Sitzung nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:12 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.08.2017

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 22.08.2017 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau Antrag der CDU-Fraktion	17-04722
4.1.1. Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau Änderungsantrag zum Antrag 17-04722 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	17-05355

Ratsherr Merfort bringt den Änderungsantrag 17-05355 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 17-04722 ersetzt. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt nach Aussprache über den Änderungsantrag 17-05355 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für einen Kompaktbericht in tabellarischer Form zu erarbeiten, der unter anderem nachfolgende Kennzahlen aufweist und wiederkehrend in einheitlicher Form halbjährlich mit den Stichtagen 30. Juni und 31. Dezember eines Jahres dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt wird.

Jeweils für die einzelnen Streckabschnitte unterteilt in:

1. Anfangsplan-Spannwerte
2. Prognosewert zum jeweiligen Berichtsstichtag

Jeweils für die Kennzahlen:

1. Baukosten
2. Kosten für Begleitmaßnahmen (Grundstückskäufe etc.)
3. Streckenlänge insgesamt
4. Strecke auf eigenem Gleiskörper
5. Strecke straßengebunden
6. Fertigstellungstermin
7. Kosten-/Nutzenfaktor
8. Fördermittel

Der erste Entwurf soll im Zuge der aufgestellten Planungen für die Streckenabschnitte Volkmarode-Nord und Rautheim dem Planungs- und Umweltausschuss zur Diskussion vorgelegt

werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

4.2. Kommunale Schulsozialarbeit 17-04859
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Dr. Flake bringt den Antrag 17-04859 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten zu beschließen:

1. Das "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" wird beschlossen.
2. Die Verwaltung ermittelt aufgrund der im Rahmenkonzept genannten Parameter die im Jahr 2018 sinnvollen Umsetzungsschritte und benennt die dafür notwendigen Haushaltsmittel für Personal- und Sachmittel sowie für die räumliche Ausstattung.
3. Spätestens zum Ende des 2. Quartals 2018 soll ein stufenweise umzusetzender Maßnahmenplan zur Entwicklung der kommunalen Schulsozialarbeit den Ratsgremien zur Be- schlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

4.3. Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben 17-05219
Antrag der Fraktion Die Linke.

4.3.1. Änderungsantrag zu 17-05219 Langzeitarbeitslosen eine Per- spektive geben 17-05464
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

4.3.2. Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben 17-05219-01
Stellungnahme der Verwaltung

4.3.3. Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben 17-05219-02
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Änderungsantrag 17-05464 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 17-05219 ersetzt. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 17-05464 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig dafür einzusetzen, dass:

- zeitnah die seit Juli 2017 in Kraft getretene „Arbeitsplatzprämie“ des Landes Niedersachsen genutzt wird, um Langzeitarbeitslose verstärkt in reale Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Dazu ist ggf. der prozentuale Anteil der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu verändern.

- die „Arbeitsplatzprämie“ und die entsprechenden Formulare, die vom Jobcenter vorzuhalten sind, vom Jobcenter Braunschweig intensiv beworben werden.

- zu prüfen, ob mehr als die geplanten 20 Förderungen von Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden können und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsprechend zu berichten. Auch hier ist ggf. eine Veränderung der prozentualen Anteile innerhalb der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
bei 5 Enthaltungen beschlossen

4.4. Barfußpfad
Antrag der SPD-Fraktion

17-05243

Ratsfrau Johannes bringt den Antrag 17-05243 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in Braunschweig ein Bedarf zur Schaffung eines Barfußpfades besteht und an welchen Standorten und mit welchem Konzept ein solcher errichtet werden könnte.

Abstimmungsergebnis:
bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

4.5. Regelmäßiger Bericht Heimaufsicht
Antrag der Fraktion Die Linke.

17-05252

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 17-05252 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Heimaufsicht zuzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

4.6. Schnelles Internet für alle in Braunschweig
Antrag der CDU-Fraktion

17-05258

4.6.1. Änderungsantrag zum Antrag: Schnelles Internet für alle in Braunschweig
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

17-05399

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag 17-05258 in der Fassung der Empfehlung des Bauausschusses ein und begründet diesen. Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 17-05399 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 17-05399 abstimmen. Im Anschluss daran stellt er den Antrag 17-05258 in der Fassung der Empfehlung des Bauausschusses zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 17-05399:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zum flächendeckenden Ausbau der Gigabit-Versorgung in Braunschweig bis 2025 zu erarbeiten und dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 über seine Ausschüsse zuzuleiten.

~~Die privaten Akteure des Breitbandausbaus sind zu beteiligen.~~

Die Ausbaukosten des Breitbandausbaus sind von den privaten Telekommunikationsunternehmen zu tragen bzw. durch Bundes- und Landeszuschüsse zu decken.

Abstimmungsergebnis:
bei 5 Fürstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**

Beschluss zu Antrag 17-05258 (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zum flächendeckenden Ausbau der Gigabit-Versorgung in Braunschweig bis 2025 zu erarbeiten und dem Rat **im Laufe des Jahres 2018** über seine Ausschüsse zuzuleiten.

Die privaten Akteure des Breitbandausbaus sind **an der Konzepterstellung** zu beteiligen.

Für den späteren Ausbau wirst die Stadt Bundes- und Landesmittel ein und beteiligt sich ggf. mit einem zu erbringenden Eigenanteil.

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|-------------|
| 4.7. [VA, Rat] Kostenfreier ÖPNV ab dem 65sten Lebensjahr, respektive Eintritt in den Ruhestand
Antrag der AfD-Fraktion | 17-05366 |
| 4.7.1. Änderungsantrag zu Vorlage 17-05366, ÖPNV ab 65sten Lebensjahr
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 17-05469 |
| 4.7.2. [VA, Rat] Kostenfreier ÖPNV ab dem 65sten Lebensjahr, respektive Eintritt in den Ruhestand
Stellungnahme der Verwaltung | 17-05366-01 |

Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 17-05469 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 17-05366 ersetzt. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 17-05469 abstimmen.

Beschluss:

In Abänderung der ursprünglichen Vorlage beantragt die AfD-Fraktion: die Verwaltung möge in Abstimmung mit der Verkehrs-GmbH eine Herabsetzung der Kosten für Seniorentickets im Stadt tarif auf monatlich 30,-EUR prüfen, ausgehend von diesem Grundbetrag die höher gestuften Regionaltickets BS-WOB-GS sowie die Preisstufen kalkulieren und daraus ein beschlußfähiges vergünstigtes Preiskonzept entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

- | | |
|---|----------|
| 4.8. Grundlagen- und Machbarkeitsstudie: Fahrscheinfreier ÖPNV in Braunschweig
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 17-05375 |
|---|----------|

Ratsherr Bley bringt den Antrag 17-05375 ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss sowie in den Finanz- und Personalausschuss.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 17-05375 wird zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss und in den Finanz- und Personalausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

einstimmig beschlossen

- | | |
|--|-------------|
| 4.9. Klarstellung der öffentlichen Äußerungen zu den zukünftigen Lagerflächen der Firma Eckert & Ziegler
Antrag der BIBS-Fraktion | 17-05415 |
| 4.9.1. Klarstellung der öffentlichen Äußerungen zu den zukünftigen Lagerflächen der Firma Eckert & Ziegler
Stellungnahme der Verwaltung | 17-05415-01 |

Ratsfrau Buchholz bringt den Antrag 17-05415 ein und begründet diesen. In der Aussprache nimmt Stadtbaurat Leuer ergänzend Stellung und stellt seine Äußerungen in dem Interview klar. Anschließend zieht Ratsfrau Buchholz den Antrag zurück.

Um 15:50 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 16:45 Uhr fortgesetzt.

- | | |
|---|-----------------|
| 4.10. Dringlichkeitsantrag: Flohmärkte sind Kulturgut und sollen nicht verboten werden | 17-05463 |
| Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. | |
| 4.10.1. Flohmärkte sind Kulturgut und sollen nicht verboten werden | 17-05470 |
| Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag 17-05463 | |
| Änderungsantrag der CDU-Fraktion | |

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag 17-05463 ein und begründet diesen. Ratsherr Manlik bringt den Änderungsantrag 17-05470 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 17-05470 und im Anschluss daran über den Antrag 17-05463 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 17-05470:

Der Rat der Stadt Braunschweig fordert die zukünftige niedersächsische Landesregierung auf, die rechtliche Basis dafür zu schaffen, dass gewerbliche Floh- und Trödelmärkte zukünftig an Sonntagen wieder zugelassen werden.

Ziel dieser Initiative ist es, das in den letzten Jahren in Braunschweig praktizierte Vorgehen in Bezug auf Art, Umfang und Anzahl der Genehmigungen auch für die Folgejahre zu ermöglichen.

Das Ergebnis ist dem Rat mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
bei Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss zu Antrag 17-05463:

Der Rat der Stadt Braunschweig fordert die zukünftige niedersächsische Landesregierung auf, die rechtliche Basis dafür zu schaffen, dass gewerbliche Floh- und Trödelmärkte zukünftig an Sonntagen wieder zugelassen werden.

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird gebeten, sich mit den Anbietern von gewerblichen Floh- und Trödelmärkten in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, dass möglichst viele gewerbliche Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen durchgeführt werden können, schon bevor eine mögliche Gesetzesänderung durch die Landesregierung erfolgt. Dazu sind die Ausnahmeregelungen im Einzelfall des Feiertagsgesetzes zu nutzen. Das Ergebnis der Gespräche ist dem Rat mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
bei Enthaltungen beschlossen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt die Sitzungsleitung.

- | | |
|--|-----------------|
| 5. Besetzung der Ausschüsse | 17-05412 |
| - Benennung von Stellvertreterinnen und Stellvertretern | |

Beschluss:

„Die Besetzung der beschließenden Ausschüsse nach § 6 der Hauptsatzung wird entsprechend der ergänzenden Benennung der Fraktion Die Linke. vom 12. September 2017 festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Berufung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten**17-05214****Beschluss:**

Die Bewerberin Frau Marion Lenz wird zum 1. November 2017 eingestellt und zur hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Zulassungskriterien für die Weiterqualifizierung im Verwaltungsbereich**17-04615****Beschluss:**

Für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Allgemeine Dienste werden die in der Anlage beigefügten Zulassungskriterien vorgeschrieben. Die von der Verwaltung erstellten entsprechenden Regelungen für den Angestelltenlehrgang I und II werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

8. Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH zur Übernahme des Brandschutzes auf dem Flughafen durch die Berufsfeuerwehr Braunschweig**17-05280****Beschluss:**

Der Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH zur Übernahme des Brandschutzes auf dem Flughafen durch die Berufsfeuerwehr Braunschweig wird mit Wirkung vom 16. Oktober 2017 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) (Einmalversand der Anlagen)**17-05210**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage 17-05210 abstimmen.

Beschluss:

„Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NComVG des konsolidierten Gesamtabchlusses 2014 durch den Oberbürgermeister und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2014 wird der konsolidierte Gesamtabchluss 2014 beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen

10. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €**17-05152****Beschluss:**

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 11. Haushaltsvollzug 2017** 17-05282
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NkomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 12. Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Sonstige Sportförderung/Beschäftigung von Übungsleitern** 17-05109

Beschluss:

„1. Die Verteilung der städtischen Übungsleiterentschädigungen im Jahr 2017 erfolgt abweichend von Ziffer 3.62 der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig durch die Verwaltung.

2. Abweichend von Ziffer 3.62 der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig werden im Jahr 2017 neben Übungsleiter/innen auch Trainer/innen, die über eine gültige DOSB-Lizenz verfügen, nebenamtlich tätig sind und für diese Tätigkeit von Verein eine Vergütung erhalten, bei der Verteilung der städtischen Übungsleiterentschädigungen berücksichtigt.

3. Die in der Anlage unter den laufenden Ziffern 1 - 90 genannten Zuwendungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von bis zu 76.000,06 € werden gewährt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 13. Nutzung von Sportfördermitteln als städtischer Eigenanteil für die Umsetzung eines Projektes zur Förderung von Ausbildungen im Zusammenhang mit Sportangeboten im Behindertensport - Änderung der Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig bei der Förderart "Sonstige Sportförderung"** 17-05106

Beschluss:

- „1. Für die Finanzierung eines Projektes zur Aus- und Weiterbildung von Übungsleitern im Bereich des Behindertensports sowie zur Fortbildung und Förderung von Inklusionsmanagern in Braunschweiger Sportvereinen werden insgesamt 100.000,00 €, verteilt auf die Jahre 2017 und 2018 aus dem Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtgrün und Sport zur Verfügung gestellt.
2. Die Sportförderrichtlinien der Stadt Braunschweig werden in der als Anlage 3 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 14. Förderantrag "Braunschweig - Klimaschutz mit urbanem Grün"** 17-05350

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage 17-05350 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport wird beauftragt, einen Förderantrag auf der Basis der Projektskizze „Klimaschutz mit urbanem Grün“ zu erarbeiten und fristwährend spätestens

tens am 30. September 2017 beim mit der Betreuung des Förderprogramms beauftragten Projektträger Jülich (PtJ) einzureichen.

2. Unter der Voraussetzung eines positiven Förderbescheides werden

- im Teilhaushalt des Fachbereiches Stadtgrün und Sport, verteilt auf die Jahre 2018 bis 2021, Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 2.334.000,00 € zusätzlich veranschlagt De-facto-Belastung des Haushaltes: 467.000,00 €)
- im Stellenplan 2018 eine E-13-Stelle für den Fachbereich Stadtgrün und Sport und eine E-12-Stelle für den Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement (beide Stellen mit kw2021-Vermerk, vorbehaltlich abschließender Bewertung durch den Fachbereich Zentrale Dienste) zur Umsetzung des Förderprojektes geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

15. Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS) 17-05080

15.1. Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS) 17-05080-01

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-05080-01 abstimmen.

Beschluss:

- Der Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS) soll entsprechend der in der Begründung aufgeführten Kriterien in folgender Reihenfolge erfolgen.

Priorität	Schule	Priorität	Schule
1	GS Lamme	13	GS Bültenweg
2	GS Lehndorf	14	GS Hondelage
3	GS Querum	15	GS St. Josef
4	GS Ilmenaustraße	16	GS Rautheim
5	GS Waggum	17	GS Hinter der Masch*
6	GS Stöckheim, einschl. Leiferde	18	GS Melverode
7	GS Mascheroder Holz	19	GS Timmerlah
8	GS Volkmarode	20	GS Völkenrode/Watenbüttel
9	GS Wenden	21	GS Broitzem
10	GS Edith Stein	22	GS Schunteraue
11	GS Gliesmarode	23	GS Veltenhof
12	GS Lindenbergsiedlung		

*Die Schule hat kein Interesse an einer Umwandlung in eine Ganztagschule bekundet.

2. Folgender Umsetzungsplan soll für die sechs erstgenannten Schulen Anwendung finden:

Schule	voraussichtl. Raumprogrammbeschluss im VA	voraussichtl. Fertigstellung Baumaßnahme (Schuljahr)
Grundschule Lamme	19. September 2017	2020/2021
Grundschule Lehndorf	19. September 2017	2020/2021 (Beginn Ganztagsbetrieb 2018/2019)
Grundschule Querum	3. Quartal 2018	2021/2022
Grundschule Ilmenaustraße	1. November 2017	2020/2021
Grundschule Waggum	19. September 2017	2020/2021
Grundschulen Stöckheim und Melverode	Ende 2017/Anfang 2018	2020/2021, ggf. 2021/2022

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16. Neufassung des Baustellenfonds **17-05222**

16.1. Neufassung des Baustellenfonds **17-05222-01**

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-05222-01 abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte

Richtlinie der Stadt Braunschweig für freiwillige Unterstützungsleistungen bei umfangreichen städtischen Tiefbauarbeiten - Baustellenfonds -

wird beschlossen.

Die vom Rat am 31. Mai 2011 beschlossene Richtlinie tritt außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17. Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr **17-05279**

17.1. Änderungsantrag zur Vorlage: Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr **17-05400**
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

17.2. Änderungsantrag zur Vorlage: **17-05400-01**
Angebotsverbesserungen im lokalen Stadtbahn- und Busverkehr
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Schneider bringt den Änderungsantrag 17-05400 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über den Änderungsantrag 17-05400 abstimmen. Im Anschluss daran stellt sie die Vorlage 17-05279 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 17-05400:

Der Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:

Der 15-Minuten-Takt soll entsprechend auch auf der Linie 418 gelten.

Abstimmungsergebnis:

bei 7 Fürstimmen und wenigen Enthaltungen **abgelehnt**

Beschluss zur Vorlage 17-05279:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Das Fahrplanangebot der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wird im Übergang zum Abendverkehr montags bis samstags erweitert. Der 15 Minutentakt auf allen Stadtbahnlinien sowie den Hauptbuslinien 411, 413, 416, 419, 429 wird bis ca. 20:30 Uhr ausgeweitet. Die Stadtbuslinien 418, 422 und 443 sowie die Anschlusslinien in den Außenbezirken 412, 414, 417, 424, 426, 427, 431, 434, 445, 454, 455, 465 und 484 werden entsprechend in ihren Fahrzeiten angepasst und ggf. um Einzelfahrten ergänzt.

2. Auf den Stadtbahnlinien 2 und 4 sowie den Omnibuslinien 411 und 418 erfolgt täglich eine zusätzliche Fahrt zwischen 22:15 Uhr und 23:00 Uhr.

3. Der Nachtanschluss an der Haltestelle Rathaus auf den Stadtbahnlinien 1 und 3 sowie

den Omnibuslinien 411, 412, 413, 416 und 418 wird täglich zusätzlich um 23:30 Uhr gefahren.

4. Aus dem Tram-Betriebshof aus- und einrückende Stadtbahnzüge der Linien 1 und 2 in Richtung Norden werden, sofern ein Fahrgastnutzen entsteht, ab Hauptbahnhof eingesetzt.

5. Das kalkulierte Defizit für diese Mehrleistungen in Höhe von ca. 810.000 Euro jährlich wird im Wirtschaftsplan der Braunschweiger Verkehrs-GmbH abgebildet. Die erforderlichen Haushaltsmittel zum Defizitausgleich der Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft (SBBG) werden im Haushaltsplanentwurf 2018 abgebildet.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

18. Regionale e-Radschnellweg-Verbindungen

17-05333

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage 17-05333 abstimmen.

Beschluss:

- „1. Der Rat nimmt das Klimaschutzteilkonzept Mobilität des Regionalverbandes Großraum Braunschweig „Regionale e-Radschnellwege als Instrument zum Klimaschutz und zur CO₂-Minderung im Alltagsverkehr“ sowie die Machbarkeitsstudie e-Radschnellweg Braunschweig-Wolfsburg zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsvereinbarungen mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig und den beteiligten Gebietskörperschaften für die e-Radschnellwegverbindungen Braunschweig-Wolfsburg/Salzgitter-Thiede und Braunschweig-Wolfsburg zu erarbeiten und zum Beschluss vorzulegen. Darin enthalten sein sollen Aussagen zur Arbeitsteilung, Kostenteilung, Baulastträgerschaft, Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren für Planungsbüros, Bürgerbeteiligung, Vorbereitung von Planfeststellungsverfahren sowie von Fördermittelanträgen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

19. Fortführung der Energieberatungsstelle

17-05127

Beschluss:

Die Energieberatungsstelle wird gemeinsam mit BS|ENERGY dauerhaft fortgeführt. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung ermächtigt, die Kooperationsvereinbarung anzupassen.

Abstimmungsergebnis:
bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 20. Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt | 16-02625 |
| 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet | |
| 20.1. Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt | 16-02625-01 |
| 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet - Ergänzungsvorlage | |
| 20.2. Sanierungsgebiet Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt | 16-02625-02 |
| 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet | |

Es findet eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 20 und 21 statt. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über die Vorlage des Tagesordnungspunktes 20 in der Fassung der 2. Ergänzung 16-02625-02 abstimmen. Im Anschluss daran stellt sie die Vorlage des Tagesordnungspunktes 21 in der Fassung der 2. Ergänzung 16-03424-02 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Satzung über die 2. Teilaufhebung der Sanierungssatzung vom 19. September 2001 über das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Westliches Ringgebiet“ der Stadt Braunschweig wird wie in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 21. Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - westliches Ringgebiet" | 16-03424 |
| - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB | |
| 21.1. Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" | 16-03424-01 |
| - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB - Ergänzungsvorlage | |
| 21.2. Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - westliches Ringgebiet" | 16-03424-02 |
| - Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB | |

Es findet eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 20 und 21 statt. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über die Vorlage des Tagesordnungspunktes 20 in der Fassung der 2. Ergänzung 16-02625-02 abstimmen. Im Anschluss daran stellt sie die Vorlage des Tagesordnungspunktes 21 in der Fassung der 2. Ergänzung 16-03424-02 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Festlegung des Städtebaufördergebietes „Westliches Ringgebiet“ als Fördergebiet gemäß BauGB § 171 e „Maßnahmen der Sozialen Stadt“ in der als Anlage 1 beigefügten Anlage wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

- | | |
|---|--------------------|
| 22. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration" | 17-05031 |
| 22.1. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration" | 17-05031-01 |
| 22.2. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Umsetzung eines Neubaus für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspakt Soziale Integration" | 17-05031-02 |

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-05031-02 abstimmen.

Beschluss:

„1. Der Umsetzung des Neubaus für den „Campus Donauviertel“ im Rahmen der Förderrichtlinie „Investitionspakt Soziale Integration“ mit Herstellung von Räumlichkeiten für den Kinder- und Teeny-Klub „Weiße Rose“ und den Allgemeinen Sozialen Dienst sowie der Herrichtung der Außenanlagen und der Projektbegleitung durch einen Integrationsmanager wird, vorbehaltlich der Förderung durch das Land, zugestimmt.

2. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden, vorbehaltlich der Förderung durch das Land, budgetneutral zur Haushaltslesung 2018 aus dem Budget des Teilhaushaltes des FB 61 bereitgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Um 19:20 Uhr unterbricht stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Sitzung für eine kurze Pause. Die Sitzung wird um 19:30 Uhr unter Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Edelmann fortgesetzt.

23. Anfragen

Die Anfragen werden von 19:30 Uhr bis 20:20 Uhr beantwortet.

23.1. Bezahlbarer Wohnraum: Kosten der Unterkunft 17-05419

Anfrage der SPD-Fraktion

23.1.1. Bezahlbarer Wohnraum: Kosten der Unterkunft 17-05419-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05419-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.2. Verkehrssicherheit vor Schulen gewährleisten, "Elterntaxis" verhindern! 17-05418

Anfrage der CDU-Fraktion

23.2.1. Verkehrssicherheit vor Schulen gewährleisten, "Elterntaxis" verhindern! 17-05418-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05418-01).

23.3. Einrichtung einer Praxisklasse an der Grund- und Hauptschule 17-05403

Rüningen

Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

23.3.1. Einrichtung einer Praxisklasse an der Grund- und Hauptschule 17-05403-01

Rüningen

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05403-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.4. Sachstand der Koordinierungsstelle "Häusliche Gewalt" im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig? 17-05405

Anfrage der AfD-Fraktion

23.4.1. Sachstand der Koordinierungsstelle "Häusliche Gewalt" im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig? 17-05405-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05405-01).

23.5. Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen - Kosten und Enteignungen 17-05414

Anfrage der BIBS-Fraktion

23.5.1. Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen - Kosten und Enteignungen 17-05414-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-05414-01).

23.6. Warum untergräbt die Stadt Tarifstrukturen der DGB-Gewerkschaften? 17-05411

Anfrage der Fraktion Die Linke.

23.6.1. Warum untergräbt die Stadt Tarifstrukturen der DGB-Gewerkschaften? 17-05411-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 17-05411-01).

23.7. Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterbildenden Schulen 17-05097

Anfrage der SPD-Fraktion

23.7.1. Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterbildenden Schulen 17-05097-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-05097-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

23.8. Erweiterung des Wohnmobilplatzes in Braunschweig 17-05374

Anfrage der SPD-Fraktion

23.8.1. Erweiterung des Wohnmobilplatzes in Braunschweig 17-05374-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 17-05374-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass alle Punkte des öffentlichen Teils beraten wurden und keine nichtöffentlichen Mitteilungen und weiteren Punkte zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorliegen. Er schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin